5.3 Personenbezeichnungen

313 Vorbemerkung

Rechtsvorschriften sind an **alle Personen** gerichtet, die in den Anwendungsbereich der jeweiligen Regelung fallen. Die Bezeichnungen von Handelnden bzw. Betroffenen werden in

Rechtsvorschriften in der Regel nicht spezifisch gebraucht, d. h., sie beziehen sich grundsätzlich auf jede Person in der **regelungsrelevanten Rolle** wie der von Erziehungsberechtigten, Kindern, Schuldnern, Betroffenen, Dritten, Opfern. Sie bezeichnen daher keine konkreten Personen, sondern **Gruppen von natürlichen bzw. juristischen Personen**. Damit die Handelnden bzw. Betroffenen in einer abstrakt-generellen Regelung treffend benannt werden, ist vielerlei zu bedenken.

Die folgenden Randnummern helfen – mit Blick auf die Verständlichkeit von Rechtsvorschriften und die Einheitlichkeit der Rechtssprache – beim Finden der geeigneten Personenbezeichnungen. Bei Einzelfragen hilft die Gesetzesredaktion.

314 Wahl der Personenbezeichnung

Personenbezeichnungen müssen ebenso wie andere Begriffe in Rechtsvorschriften **sinnvoll eingesetzt werden, präzise sein und konsistent verwendet werden**. Ob und wie Personen in den einzelnen Regelungen einer Rechtsvorschrift bezeichnet werden müssen, kann anhand folgender Fragen ermittelt werden:

- Welche Personen können nach dem Inhalt der jeweiligen Regelung agieren bzw. betroffen sein (natürliche Personen, juristische Personen, sowohl als auch)?
- Welcher für die Regelung rechtlich relevante Aspekt dieser Personen muss ausgedrückt werden (z. B. die Verwandtschaft ersten Grades durch die Wörter *Verwandte ersten Grades*, die Inhaberschaft von Anteilsrechten durch das Wort *Anteilseigner*)?
- Ist bereits aus anderen Regelungen derselben Rechtsvorschrift klar, wer agiert bzw. wer betroffen ist, oder müssen Handelnde bzw. Betroffene in dieser Regelung (erstmal) ausdrücklich benannt werden?
- Hat sich für den regelungsrelevanten Aspekt einer Person bereits ein Rechtsbegriff etabliert (z. B. *Gläubiger, Mündel, Rechtsbeistand*), der im Interesse der Einheitlichkeit gewählt werden sollte?

315 Bezeichnung natürlicher Personen

Wenn eine Regelung ausschließlich natürliche Personen betrifft, so werden sie entsprechend der jeweiligen **rechtlichen Rolle** bezeichnet, die für die Regelung wesentlich ist. Das ist die Rolle, in der die natürliche Person agiert bzw. in der sie von der Regelung betroffen ist. So werden etwa im Familienrecht Bezeichnungen wie *der Elternteil* oder *das Kind* aus den Beziehungen zwischen Familienmitgliedern abgeleitet.

Rechtsvorschriften, insbesondere solche, die Ausbildungen oder Prüfungen regeln, enthalten oft **Berufsbezeichnungen**, die natürlichen Personen als Grundlage für ihre **Eigenbezeichnung** dienen können. Wenn es **keine geeignete geschlechtsneutrale Form gibt, wird in solchen Rechtsvorschriften die feminine und die maskuline Form verwendet** (etwa Goldschmied und Goldschmiedin).

316 Regelungsrelevantes natürliches Geschlecht ausdrücken

Ist das natürliche Geschlecht von Personen für die Regelung wesentlich, so muss es eindeutig ausgedrückt werden, z. B. *Frau, Mann, schwangere Soldatin, männliche Waise*.

Beispiele:

Der Anspruch besteht nicht für weibliche Versicherte, die das 40. und nicht für männliche Versicherte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben.

Die Beschränkungen entfallen mit dem Tod der transsexuellen Person.

317 Regelungen zur Gleichstellung von Frauen

Regelungen, die auf die Beseitigung einer noch bestehenden Benachteiligung von Frauen zielen, müssen Frauen ausdrücklich nennen. Das betrifft u. a. Regelungen zur Erhöhung des Frauenanteils in Gremien.

Beispiele:

Der Ethik-Kommission gehören **weibliche und männliche Mitglieder** an und bei der Auswahl der Mitglieder und externen Sachverständigen werden **Frauen und Männer** mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe gleichermaßen berücksichtigt.

Bei einer Wahl des Vorsitzes sollen **weibliche und männliche Mitglieder** zur Wahl stehen.

318 Gleichstellung von Frauen und Männern sprachlich ausdrücken

Nach § 4 Absatz 3 Satz 1 des Bundesgleichstellungsgesetzes und § 42 Absatz 5 Satz 2 GGO soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in Rechtsvorschriften auch sprachlich ausgedrückt werden. Die Vorschriften geben allerdings nicht vor, **wie** die Gleichstellung sprachlich auszudrücken ist. Der dadurch eröffnete Gestaltungsspielraum soll so genutzt werden, dass **Personenbezeichnungen sinnvoll, präzise und konsistent verwendet werden**

Vorsicht ist bei der Bezeichnung natürlicher Personen mit **Paarformen** geboten (z. B. *der Antragsteller und die Antragstellerin, der Nutzer und die Nutzerin*). Dies darf in Rechtsvorschriften **kein Automatismus** sein. Denn bei allen Bemühungen, die Gleichstellung der Geschlechter auch sprachlich auszudrücken, ist das **Gebot der Verständlichkeit** zu beachten.

So **behindern Häufungen von Paarformen oft die Verständlichkeit einer Regelung**. Dies gilt **umso mehr, wenn sie mit Artikeln, Adjektiven und Pronomen verbunden sind** (z. B. *der oder die Auszubildende und seine oder ihre Prüfungsleistung; für den berechtigten Nutzer oder die berechnigte Nutzerin, dessen oder deren Antrag*). Zudem betonen Paarformen die inzwischen überholte Vorstellung einer binären Geschlechterordnung, obwohl Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes die Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts verbietet und neben Frauen und Männern auch Menschen schützt, die sich in ihrer geschlechtlichen Identität keiner dieser beiden Kategorien zuordnen.

In Rechtsvorschriften sollen natürliche Personen daher grundsätzlich **geschlechtsneutral** bezeichnet werden; dem entsprechen vor allem die folgenden Formen:

- Wortzusammensetzungen bzw. Formulierungen mit geschlechtsabstrakten Wörtern wie *Person* oder *Mitglied* (*Vertrauensperson; stellvertretendes Mitglied*),
- Substantive auf -ling (*Prüfling, Flüchtling*) oder -kraft (*Lehrkraft, Fachkraft*),
- Formulierungen mit Pronomen (*wer, alle, diejenigen, niemand*),

- Pluralformen substantivierter Adjektive (Angehörige, Sachverständige, Deutsche, Minderjährige)
und von Partizipien (Heranwachsende, Angestellte, Beschäftigte, Versicherte)
und
- grammatisch maskuline, feminine und neutrale Substantive (*Mensch, Person, Kind*), die in einer Rechtsvorschrift als geschlechtsunabhängig zu verstehen sind.

319 Keine Sparschreibungen

Damit ein Text problemlos von einer menschlichen oder technischen Assistenz vorgelesen werden kann, müssen in Rechtsvorschriften auch Personenbezeichnungen ausformuliert sein und dürfen keine Sparschreibungen enthalten – weder Schrägstriche (z. B. Käufer/in oder der/die Geprüfte) noch andere Zeichen wie Klammern, Unterstriche etc. (z. B. die Bewerber(innen), Prüfer_in).

320 Bezeichnung juristischer Personen

Wenn in Rechtsvorschriften ausschließlich juristische Personen (z. B. Vereine oder Stiftungen im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts) genannt werden müssen, so werden sie entsprechend der jeweiligen **rechtlichen Rolle** bezeichnet, die **für die Regelung wesentlich** ist. Das ist die Rolle, in der die juristische Person agiert bzw. von der Regelung betroffen ist, z. B. als Netzbetreiber, Entsorgungsunternehmen.

Ist ein bestimmter Typ juristischer Personen regelungsrelevant, so wird er mit der jeweils einschlägigen Bezeichnung wie *die Aktiengesellschaft, der eingetragene Verein, die Gemeinde* etc. genannt. Ist eine konkrete juristische Person Handelnder oder Betroffener, so wird sie mit ihrer offiziellen Bezeichnung, z. B. *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, bezeichnet.

321 Bezeichnung gemischter Personengruppen

Wenn in Rechtsvorschriften Personengruppen genannt werden müssen, **die sowohl natürliche als auch juristische Personen umfassen**, so werden auch sie entsprechend der jeweiligen **rechtlichen Rolle** oder Eigenschaft bezeichnet, die für die Regelung rechtlich wesentlich ist (z. B. Gläubiger, Antragsteller, Arbeitgeber, Auftragnehmer).

Da juristische Personen wie Unternehmen, Selbstverwaltungskörperschaften, Stiftungen und deren Organe sowie jegliche Zusammenschlüsse von Personen **kein natürliches Geschlecht** besitzen, sind **Paarformen zur Bezeichnung derart gemischter Personengruppen nie geeignet**.

322 Etablierte Rechtsbegriffe

Personenbezeichnungen können zu „feststehenden“ Rechtsbegriffen mit bestimmten fachlich relevanten Bedeutungsinhalten geworden sein. Solche etablierten Rechtsbegriffe sind z. B. *Vormund, Schuldner, Opfer*. Sie stammen aus grundlegenden Rechtsvorschriften wie dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder dem Strafgesetzbuch und haben sich als Fachbegriffe durch Rechtsprechung und rechtswissenschaftliche Literatur etabliert. Sie werden sowohl für Gruppen aus ausschließlich natürlichen Personen als auch für solche aus ausschließlich juristischen Personen als auch für gemischte Personengruppen verwendet.

323 Einheitlichkeit von Personenbezeichnungen

Im Interesse der Einheitlichkeit der Rechtssprache und der Rechtsordnung sollen Personenbezeichnungen in Rechtsvorschriften möglichst konsistent verwendet werden. Für die Wahl von Personenbezeichnungen sind daher auch die Beziehungen der jeweiligen Rechtsvorschrift zum über-, unter- und nebengeordneten Recht zu beachten.

Bei Änderungsgesetzen ist darauf zu achten, dass durch neue oder geänderte Regelungen auch hinsichtlich der Personenbezeichnungen keine Widersprüche entstehen.